NOVEMBER 2026 - AUSGABE 48

Matthias Mieves

MAGAZIN



Unser Konzept „Fair.Erben“ - Schluss mit den Privilegien für Millionenvermögen

Wer jeden Morgen aufsteht und arbeitet, zahlt selbstverständlich Steuern. Wer ein Millionenunternehmen erbt, kann dagegen unter bestimmten Voraussetzungen steuerfrei davonkommen. Das ist eine Schieflage, die wir nicht länger hinnehmen sollten. Mit dem SPD-Konzept Fair.Erben wollen wir sie endlich beseitigen.

Wie ungerecht die heutigen Regeln sein können, zeigt ein fiktives Beispiel. Anna erbt von ihrem Onkel 800.000 Euro als Geldvermögen. Ihr persönlicher Freibetrag beträgt gerade einmal 20.000 Euro. Auf den steuerpflichtigen Betrag werden 30 Prozent Erbschaftsteuer fällig. Selbst unter Berücksichtigung üblicher Abzüge muss sie rund 230.000 Euro zahlen.

Auch Max erbt von seinem Onkel. Allerdings bekommt er einen Betrieb im Wert von acht Millionen Euro. Besteht dieser vollständig aus begünstigtem Betriebsvermögen, kann Max eine vollständige Steuerbefreiung beantragen. Dafür muss er insbesondere den Betrieb sieben Jahre behalten und die geltenden Lohnsummenvorgaben erfüllen. Dann zahlt er auf das zehnmal größere Erbe keinen einzigen Euro Erbschaftsteuer.

Beide haben geerbt. Aber die Steuer behandelt sie völlig unterschiedlich. Wie soll man das jemandem erklären, der von seinem Gehalt jeden Monat Steuern zahlt? Aus genau diesem Grund läuft aktuell eine wichtige Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht, bei der ein Erbe klagt, der Privatmann ist und von einer Privatperson geerbt hat.

Wir als SPD begrüßen das sehr, und die Entscheidung wird mit Spannung erwartet. Aber auch unabhängig von dem laufenden

Verfahren in Karlsruhe wollen wir gerechte und klare Regeln: Mit Fair.Erben soll jeder Mensch im Laufe seines Lebens insgesamt eine Million Euro steuerfrei erhalten können. Davon entfallen 900.000 Euro auf Erbschaften und Schenkungen innerhalb der Familie und weitere 100.000 Euro auf Zuwendungen anderer Personen. Für Anna wäre das Erbe ihres Onkels damit steuerfrei, sofern sie ihren Freibetrag noch nicht ausgeschöpft hat. Oberhalb der Freibeträge sollen die Steuersätze mit der Höhe des steuerpflichtigen Erbes steigen. Das selbstbewohnte Familienheim soll unter den geltenden Voraussetzungen steuerfrei bleiben.

Für Unternehmen schlagen wir einen Freibetrag von fünf Millionen Euro vor. Darüber hinaus anfallende Steuern sollen über bis zu 20 Jahre aus laufenden Gewinnen bezahlt werden können. Das schützt Betriebe und Arbeitsplätze.

Wer besonders viel erbt, soll einen angemessenen Beitrag leisten. Die zusätzlichen Einnahmen sollen vor allem die Bildung stärken. Denn die Zukunft eines Kindes darf nicht davon abhängen, wie viel seine Eltern besitzen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Neues aus Berlin





Psychotherapeutische Versorgung sichern

Wer psychotherapeutische Hilfe braucht, muss sich darauf verlassen können, diese auch zu bekommen. Deshalb haben wir mit der Notfallreform wichtige Verbesserungen für die psychotherapeutische Versorgung beschlossen. Bereits begonnene Therapien können ohne zusätzliche Mengenbegrenzungen zu Ende geführt werden. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die Behandlung von Kindern und Jugendlichen, schwer psychisch erkrankten Menschen sowie besonders dringenden Fällen künftig ohne Mengenbegrenzung vergütet wird. Außerdem sollen klare Kriterien für die Dringlichkeit einer Behandlung helfen, Wartezeiten zu verkürzen. Denn gerade bei psychischen Erkrankungen ist schnelle und verlässliche Hilfe besonders wichtig.

Mehr Unterstützung für Haus- und Kinderarztpraxen

Hausärztinnen und Hausärzte sowie Kinderärztinnen und Kinderärzte sind für viele Menschen die erste Anlaufstelle, wenn sie krank werden oder medizinischen Rat brauchen. Sie kennen ihre Patientinnen und Patienten oft seit vielen Jahren und leisten einen wichtigen Beitrag zu einer guten Gesundheitsversorgung.

Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Praxen stärken und nicht zusätzlich finanziell belasten. Mit der Notfallreform haben wir eine ursprünglich geplante Kürzung wieder gestrichen. Diese hätte dazu führen können, dass Haus- und Kinderarztpraxen weniger Geld für die Behandlung erhalten, wenn sie besonders viele Patientinnen und Patienten versorgen.

Für uns ist klar: Wer viele Menschen behandelt, darf dafür nicht finanziell bestraft werden. Gerade in Zeiten, in denen viele Praxen ohnehin stark ausgelastet sind, wäre das das falsche Signal.

Auch mit Blick auf unser geplantes Primärversorgungssystem ist diese Entscheidung wichtig. Denn künftig sollen Haus- und Kinderarztpraxen eine noch stärkere Rolle bei der Koordination der medizinischen Versorgung übernehmen. Dafür brauchen sie gute Rahmenbedingungen und eine verlässliche Finanzierung.

Notfallreform beschlossen: Schneller die richtige medizinische Hilfe bekommen



Wer dringend medizinische Hilfe braucht, muss sich darauf verlassen können, schnell und unkompliziert versorgt zu werden. Doch unsere Notaufnahmen sind häufig überlastet, Rettungsdienste stoßen an ihre Grenzen und viele Menschen wissen nicht, an wen sie sich mit ihren Beschwerden wenden sollen. Das wollen wir ändern! Mit der beschlossenen Notfallreform stellen wir die Akut- und Notfallversorgung in Deutschland neu auf. Künftig sollen die Notrufnummer 112 und der ärztliche Bereitschaftsdienst unter 116 117 besser zusammenarbeiten. Eine bundesweit einheitliche medizinische Ersteinschätzung soll dafür sorgen, dass Patientinnen und Patienten direkt dorthin geleitet werden, wo ihnen am besten geholfen werden kann.

Ein wichtiger Baustein sind außerdem die neuen Integrierten Notfallzentren. Hier arbeiten Krankenhäuser und niedergelassene Ärztinnen und Ärzte enger zusammen. So können Menschen mit weniger schweren Beschwerden ambulant behandelt werden, während die Notaufnahmen mehr Kapazitäten für echte Notfälle haben. Gleichzeitig stärken wir die medizinische Notfallrettung und schaffen eine verlässlichere Grundlage für ihre Finanzierung.

Für mich ist klar: Gute Gesundheitsversorgung darf nicht davon abhängen, ob man selbst weiß, welche Anlaufstelle die richtige ist. Unser Gesundheitssystem muss die Menschen unterstützen und ihnen den Weg zur passenden Behandlung erleichtern. Mit dieser Reform machen wir einen wichtigen Schritt hin zu einer besseren, schnelleren und gerechteren Gesundheitsversorgung.



Praktikant Lukas im Team Mieves



Mein Name ist Lukas, ich bin 21 Jahre alt und komme aus dem wunderschönen Wörth am Rhein in der Südpfalz. Nach meinem Abitur 2024 habe ich begonnen, in Heidelberg Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Philosophie zu studieren und werde mein Studium vermutlich nächstes Jahr beenden. In meiner Freizeit bin ich politisch sehr engagiert. Ich bin seit 2023 SPD-Mitglied und auch im Vorstand meines Unterbezirks aktiv. Darüber hinaus darf ich seit 2024 Vorsitzender meines Juso-Unterbezirks sein und hier mit vielen motivierten jungen Genossinnen und Genossen an unseren politischen Forderungen arbeiten und viele gesellige Aktionen ausrichten. Zudem bin ich auf Landesebene bei den Jusos Rheinland-Pfalz aktiv und dort Mitglied im Landesausschuss. Abgerundet wird mein politisches Schaffen durch mein Mandat im Ortsbeirat von Wörth am Rhein, durch das ich versuche, eine junge Perspektive in die Kommunalpolitik zu bringen.

Meine Zeit im Büro von Matthias war sehr spannend, lehrreich und vor allem abwechslungsreich! Besonders in Erinnerung wird mir das Heimatfest in der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz bleiben. Das gute (und vor allem vertraute) Essen und die Begegnungen mit vielen Bekannten aus Rheinland-Pfalz haben sich, dem Namen des Festes sehr gerecht werdend, tatsächlich wie ein Stück Heimat in Berlin angefühlt. Es war schön zu sehen, dass Rheinland-Pfalz, obwohl es ein doch recht kleines Bundesland ist, in Berlin so prominent und stark vertreten wird. Am meisten habe ich mich darüber gefreut, einige Genossinnen und Genossen aus meinem Unterbezirk zu treffen. Darüber hinaus habe ich auch die herzliche und professionelle Atmosphäre im Büro sehr genossen und konnte viel Wertvolles für mich mitnehmen. Glück auf!

Hier war ich auch (Teil 1):



Austausch mit Silke Brunck, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn, und Peter Beutler, Ortsbürgermeister von Sembach



Cansativa in Mörfelden-Walldorf



Austausch mit Sabine Wienpahl, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden

Neues aus Berlin

Eine Woche Nordamerika – was ich aus Michigan und Kanada mitbringe

Ende September war ich eine Woche lang in den USA und in Kanada unterwegs, auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und gemeinsam mit Abgeordneten, Gewerkschaftern und Fachleuten aus Deutschland. Unsere Reise führte durch den US-Bundesstaat Michigan bis nach Toronto. Dabei ging es um die Frage, wie es mit unseren Partnern auf der anderen Seite des Atlantiks weitergeht.



Michigan ist die Heimat der amerikanischen Autoindustrie. Bei Ford haben wir eine riesige Fabrik besucht. Dort und bei den Gewerkschaften in Kanada habe ich erlebt, was Zölle bedeuten, also Strafgebühren auf Waren aus anderen Ländern. Ein Auto entsteht dort aus Teilen, die mehrmals über die Grenze wandern. Jeder neue Zoll macht es teurer und gefährdet Arbeitsplätze. Das betrifft auch uns direkt, denn bei uns in der Region hängen ebenfalls viele Jobs an der Autoindustrie und am Handel mit Amerika.

Ein zweites großes Thema war Künstliche Intelligenz. Forschende haben uns gezeigt, wie KI hilft, Krankheiten früher zu erkennen und neue Medikamente zu entwickeln. Klar wurde aber auch, dass solche Technik gute Regeln braucht, damit die Menschen ihr vertrauen können.

Besonders beeindruckt hat mich ein Gespräch mit Rick Snyder, dem früheren Gouverneur von Michigan. Sein Leitsatz lautet „Keine Schuldzuweisungen, sondern Lösungen“. Er sprach offen über eigene Fehler und darüber, dass gute Politik Verantwortung übernehmen muss. Das nehme ich mit nach Berlin.

Gerade in unserer Region spüren wir jeden Tag, wie eng Deutschland und Amerika verbunden sind. Diese Freundschaft ist mir wichtig. Insbesondere in unruhigen Zeiten lohnt es sich, miteinander zu reden.

Medienecho zu meiner politischen Arbeit:

SPD Fraktion im Bundestag

Abgeordnete | Fraktion | Themen | Presse | Termine | Stellenangebote

Erste Lesung im Bundestag

Weniger Papierkram, leichter zur richtigen Versorgung

Digitale Angebote sollen den Alltag von Patientinnen und Patienten erleichtern: mit verständlichen Gesundheitsinformationen, weniger unnötigen Wegen und einem einfacheren Zugang zu medizinischer Hilfe. Dabei müssen persönliche Gesundheitsdaten sicher geschützt bleiben.

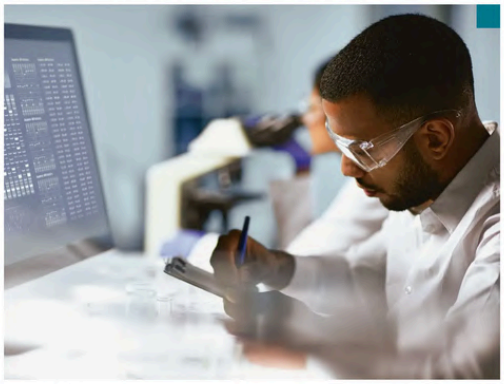


Foto: Photothek Media Lab

Wer krank ist, braucht gute Versorgung – und möglichst wenig Aufwand, um sie zu erhalten. Digitalisierung kann dabei helfen: wenn Befunde leichter verfügbar sind, Überweisungen einfacher funktionieren und der Weg zum passenden Arzttermin kürzer wird. Der Gesetzentwurf für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen, der am 8. Oktober erstmals im Bundestag beraten wurde, setzt hier an.

Deutsches Ärzteblatt

Seit einem Jahr ist das Forschungsdatenzentrum Gesundheit am Netz – aus Sicht aller Beteiligten ist es ein großer Wurf, der weltweit seinesgleichen sucht. Doch es bleibt noch einiges zu tun.



Nichts Geringeres als der größte Gesundheitsdatensatz der Welt – das sei das Ziel, erklärte der stellvertretende gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Mieves, als das Bundesgesundheitsministerium in seinen Hallen das einjährige Bestehen des Forschungsdatenzentrums Gesundheit (FDZ) feierte. Die Struktur sucht tatsächlich ihresgleichen: Die Daten von 75 Millionen gesetzlich Versicherten fließen hier ein, bisher nur in Form von Abrechnungsdaten der Krankenkassen, aber schon bald auch aus deren elektronischen Patientenakten (ePA). Künftig sollen dann noch andere Quellen wie medizinische Register angeschlossen werden.

Funktioniert der weitere Ausbau wie geplant, könnte es sich schon in naher Zukunft tatsächlich um den größten Gesundheitsdatendatensatz in dieser Qualität handeln. Entsprechend zuversichtlich zeigte sich Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU). „Das Thema Daten haben wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu stiefmütterlich behandelt", räumte er ein. „Wir haben eine der besten Forschungsinfrastrukturen der Welt, aber uns fehlen die Daten. Das holen wir jetzt nach." Das FDZ sei der Gamechanger.

Arzneimittelpreise

Zu billig für die USA?

Bereits im Sommer diesen Jahres etablierte Trump seine Zollpolitik als politisches Druckmittel. Nun wendet sich dies Medienberichten zufolge gegen Deutschland.

Die »Section-301-Zolluntersuchung«

Vor einigen Wochen wurde demnach die »Section-301-Zolluntersuchung« gegen Deutschland eingeleitet. Konkreter Anlass sei die geplante Senkung der Arzneimittelpreise im Zuge des Reformvorhabens des Bundesgesundheitsministeriums (BMG). Die USA werfe Deutschland vor, dass durch die gesenkten Investitionen ein stärkerer Subventionsbedarf seitens der USA beispielsweise für Medikamentenforschung entstehe.

Besagter Vorwurf könne seitens der Regierung nicht bestätigt werden, da insbesondere Deutschland im EU-Vergleich die höchsten Arzneimittelpreise habe. »Das führt dazu, dass deutsche Patienten im Schnitt 20 Prozent mehr für Medikamente ausgeben als andere EU-Bürger«, heißt es in der »Wirtschaftswoche«. Ein Gegenvorschlag seitens der EU sei eine Preisangleichung. Beamte des Bundesgesundheits- und Wirtschaftsministeriums seien demnach in Kompromissbestrebungen mit Washington. Der SPD-Gesundheitspolitiker Matthias Mieves weist gegenüber der »Wirtschaftswoche« den Vorwurf der zu nierigen Preise in Deutschland zurück: »Die Realität ist, dass die Arzneimittelpreise in den Vereinigten Staaten viel zu hoch sind«, so Mieves.

Pharmastandort Deutschland

Zwischen Innovationsförderung und Kostendruck

Beim »Tagesspiegel«-Fachforum Gesundheitswirtschaft diskutierten Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Industrie und Versorgung über die erweiterte Standortklausel, die Finanzierung der Arzneimittelversorgung und die Reform des AMNOG.

Melanie Höhn 12.10.2026 16:25 Uhr



Konstanze Blatt (Deutsche Krebsgesellschaft), Matthias Mieves (SPD-Bundestagsfraktion), Sonja Optendrenk (G-BA) und Patrick van der Loo (Pfizer Deutschland). / © PZ/Melanie Höhn

Mein Gastbeitrag ab Minute 13:15 bei ZDF Wiso zum Thema „Die Deals mit den Medikamenten"

Link: https://www.zdf.de/video/reportagen/wiso-deals-mit-deinem-geld-100/deals-mit-medikamenten-100





Unsere Farben Schwarz-Rot-Gold

Ein Mann steht bei einer improvisierten Demo auf einer Getränkekiste auf dem Bebelplatz in Berlin. Er hält eine emotionale Rede und sagt gegen Ende:

„Wir tragen die Farben der SPD, aber wir tragen auch Schwarz-Rot-Gold als die Farben der freiheitlichen Deutschen. Von Rechtsextremisten und Faschisten wird Schwarz-Rot-Gold niemals genommen werden."

Der Mann ist Boris Pistorius, und es ist der 7. Oktober 2026. Anlass der Demo der SPD-Bundestagsfraktion war die Wahl des AfD-Mannes Tobias Rausch zum Landtagspräsidenten in Magdeburg. Fünf Stimmen bekam er an dem Tag mehr, als AfD und BSW zusammen an Sitzen haben.

Für mich, für meine Kolleginnen und Kollegen der Fraktion und für mein Berliner Team war dieser frühe Abend des 7. Oktober ein sehr besonderer und ich werde mich sicher auch in vielen Jahren noch daran erinnern.

Es bleibt neben vielen anderen klaren Botschaften der Rede von Boris das Selbstbewusstsein, mit dem wir als SPD, als Demokratinnen und Demokraten in Deutschland unsere Nationalfarben zeigen können – und auch viel häufiger wieder tragen sollten. Im Bundestag tragen bislang fast ausschließlich Mitglieder der AfD oder auch der Union Anstecker in Schwarz-Rot-Gold. Warum eigentlich? Warum und wann haben wir uns vermeintlich die Farben nehmen lassen, die schon beim Hambacher Fest für Freiheit und Demokratie standen?

Ich werde das für mich ändern und künftig gerne etwas mit Schwarz-Rot-Gold tragen. Denn es geht um mehr als um drei Farben.

Danke, Bärbel – herzlich willkommen, Alexander



Das Bundeskabinett glänzt jetzt mit einem starken Trio der SPD aus Rheinland-Pfalz: Neben Stefanie Hubig und Verena Hubertz ist jetzt auch Alexander Schweitzer als neuer Bundesminister für Arbeit und Soziales Mitglied der Bundesregierung. In einem wichtigen und ur-sozialdemokratischen Ressort. Das freut mich persönlich sehr, und auch als Sprecher der Landesgruppe Rheinland-Pfalz in der SPD-Bundestagsfraktion ist mir Alexander als „kooptiertes" neues Mitglied herzlich willkommen.

Traurig sind jedoch die Gründe für den Wechsel im Kabinett. Traurig und alarmierend. Alexanders Vorgängerin Bärbel Bas war eine sehr gute Bundesministerin mit Kompetenz, Haltung und Herzblut. In ihrer Zeit persönlicher Trauer und Sorgen hat jedoch der Berliner Politikbetrieb seine dunkelste Seite gezeigt: Härte, Häme und Ausnutzen von Schwäche, selbst wenn sie aus privaten Schicksalsschlägen resultiert. Die Medien – allen voran die BILD – haben Bärbel angegriffen, und CDU/CSU-Leute haben ebenfalls, teils öffentlich, unsere Arbeitsministerin gescholten, belehrt und Schlimmeres.

Ich bin sehr gerne Bundestagsabgeordneter und dankbar dafür, meine pfälzische Heimat in Berlin vertreten zu dürfen. Aber beim Blick auf diese kalte, harte Seite der Bundespolitik frage ich mich schon, wo und wann insbesondere bei einigen Leuten im konservativen Lager die Menschlichkeit auf der Strecke geblieben ist. Dem setze ich Sachlichkeit, Fairness und Empathie entgegen. Und das sollte doch eigentlich allen hier möglich sein.

Hier könnt ihr mich treffen:

17. November, ab 15:30 Uhr: Mobiles Büro in Schönenberg-Kübelberg
17. November, ab 19:00 Uhr: Sitzung des SPD-Kreisverbands Birkenfeld in Hoppstädten-Weiersbach
19. November, ab 16:00 Uhr: „GesprächeKiosk“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lauterecken
19. November, ab 18:30 Uhr: Sitzung des SPD-Ortsvereins Erdesbach-Ulmet-Bedesbach in Bedesbach
20. November, ab 15:00 Uhr: Mobiles Büro in Otterbach
21. November, ab 10:00 Uhr: Mobiles Büro in Kaiserslautern, Riesenstraße 2 (vor Juwelier Christ)
30. November, ab 15:00 Uhr: Mobiles Büro in Mehlingen
2. Dezember, ab 16:00 Uhr: „GesprächeKiosk“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Göllheim
3. Dezember, ab 14:00 Uhr: Mobiles Büro in Quirnbach
3. Dezember, ab 18:00 Uhr: „GesprächeKiosk“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lauterecken
4. Dezember, ab 15:00 Uhr: Mobiles Büro in Rodenbach
5. Dezember, ab 10:00 Uhr: Mobiles Büro in Kaiserslautern, Fackelstraße 27 (vor der Sparda-Bank)

Mein Film-Tipp



Die Tribute von Panem - Sunrise on the Reaping



Die bisher fünfteilige Filmreihe „Die Tribute von Panem“ wirkt auf den ersten Blick wie eine packende Science-Fiction-Geschichte. Im Kern zeigt sie aber sehr anschaulich und dramatisch, wie Menschen unter einer diktatorischen Herrschaft leben. Die Diktatur nutzt verrückte Spiele, um Menschen zu unterhalten, abzulenken und gefügig zu machen. Der übermächtige Herrscher tut alles, um die Bevölkerung zu überwachen, gegeneinander auszuspielen und seine eigene Macht auszubauen und abzusichern. Ich freue mich schon sehr darauf, den neuen Film im Kino zu sehen. Er soll die Geschichte vor den bisherigen Filmteilen zeigen. Auch der neue Film verspricht wieder ein packendes und lehrreiches Spektakel. Schreibt mir, was ihr dazu denkt.

Ab 19. November in den Kinos

SPD

Richard-Wagner-Straße 1
67655 Kaiserslautern

Bahnhofstraße 3a
67806 Rockenhausen

0631 69550 / 0151 10377531
matthias.mieves.wk@bundestag.de
www.matthiasmieves.de

Matthias Mieves
Bundestagsabgeordneter
für die Westpfalz